



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (Vom 1. bis 17. September)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Reichs Spiegel

(Vom 11. bis 17. September)

### Innere Politik

Die Sozialdemokraten in Jena — Rede Bebels zur Marokkofrage — Die Macht der Sozialdemokratie — Die Linksliberalen — Kijew und Wien — Beeinflussung der Presse

Während die Diplomaten noch um Einzelheiten des neuen deutsch-französischen Marokkovertrages handeln, während sich das Gespenst eines Weltkrieges immer weiter von den friedlichen Stätten deutscher Arbeit zurückzieht, fallen schon hier und da neue, lange Schlagschatten auf die politische Bühne und künden das Nahen kommender Ereignisse. Der Sozialdemokratische Parteitag, der vom 10. bis zum 16. d. M. in Jena tagte, darf wohl mit Recht als die Einleitung des strategischen Aufmarsches bezeichnet werden, den die Parteien für die bevorstehende Wahlkampagne in heimlicher Arbeit vorbereitet haben.

Wie kaum anders zu erwarten, bildet der Marokkohandel auch für die deutsche Sozialdemokratie einen günstigen Ausgangspunkt für die Wahlagitatio. Die große Rede Bebels zur Marokkofrage hat bei Freund und Feind berechtigtes Aufsehen erregt. Sie war im Hinblick auf die allgemeine innerpolitische Lage ein Meisterstück der Taktik. Durch die düstere Schilderung des Wesens des Imperialismus und durch die mit grellen Farben gemalten Schlachtenbilder nahm er die Aufmerksamkeit auch seiner radikalen Genossen so sehr in Anspruch, daß die Abschüttelung der unentwegten Revolutionäre Rosa Luxemburg und Ledebour keine laute Abwehr im radikalen Lager hervorrief. Damit erreichte Bebel zweierlei. Auf der einen Seite verhinderte er den lauten Protest der Radikalen, die die Rede hörten, und auf der anderen erzeugt er beim Publikum draußen, das die Rede nur liest, die Anschauung, als habe er, ohne den Protest der Versammlung zu erregen, die Radikalen tatsächlich abgeschüttelt. Wir greifen wohl nicht fehl, wenn wir dies Ergebnis als besonders auf die Linksliberalen zugeschnitten auffassen. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien hören bis auf wenige Journalisten die Rede nicht, sondern lesen sie, und zwar nicht im Vorwärts, sondern im Auszuge des Berliner Tageblatts.

Auch das große Heer der Arbeiter wird aus der Rede das herauslesen, was man bei den Linksliberalen so gern in ihr findet: die Abwehr des grundsätzlichen Revolutionarismus, die Abwehr des Massenstreiks im Kriegsfall und die Abwehr des Versuchs, bei einer Kriegserklärung die Reservisten zum Landesverrat aufzufordern. Bebel hat mit dem Teil der Rede, der sich speziell mit dem Massenstreik beschäftigt, gewiß nicht national gesprochen. Diesen „Vorwurf“ könnte man gegen ihn nicht erheben; aber er hat es doch für angebracht gehalten, der Stimmung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft Rechnung zu tragen und damit auch den Auffassungen derjenigen bürgerlichen Politiker und Schriftsteller Recht gegeben, die behaupten, die Sozialdemokratie verliere bei der überwältigenden Mehrheit der deutschen Arbeiter an Einfluß, sobald wirklich ernste nationale Fragen an sie herantreten. Dasselbe gilt auch von Fragen der Weltanschauung, die bei den breiten Massen in instinktivem Religionsbedürfnis zum Ausdruck kommt. Auch auf diesen Punkt hat Bebel Rücksicht genommen.

Die Macht der Sozialdemokratie liegt sowohl in ihrem Wirtschaftsprogramm wie auch in den zweifellosen Verdiensten, die sich die sozialdemokratischen Organisationen um die Hebung des Wohlstandes bei den breiten Volksschichten erworben haben. Freilich konnte die Partei diese Verdienste nur einheimsen, weil gleichlaufend mit dem Aufstieg des Bedürfnisses sich auch das Verständnis dafür bei der Krone entwickelte. Die Verdienste der Krone um die Hebung der Masse, die Verdienste auch der Unternehmer um die Besserstellung der Arbeiter und damit der bürgerlichen Parteien werden selbstverständlich in der sozialdemokratischen Parteitagitation nach Möglichkeit vergessen gemacht, und so hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch ein recht großer Teil der Gebildeten die Auffassung, als verdankten wir unsere soziale Gesetzgebung, unsere sozialen Einrichtungen in den Städten bei den großen Fabriken ausschließlich der Arbeit der Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien sind der mit dieser Auffassung betriebenen Agitation nur mit sehr schwachen Mitteln, zum Teil auch mit ungeeigneten Mitteln, entgegengetreten. Vielfach ist man ohne eine genaue Kenntnis der historischen Entwicklung der sozialdemokratischen Partei vorgegangen, und es wurden Dinge bekämpft, für die tatsächlich in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands überhaupt kein Boden vorhanden war. Bei dem überall und im allgemeinen erstarkenden nationalen Bewußtsein glaubte man den auf wirtschaftlichen Voraussetzungen ruhenden Kämpfen durch starke Anwendung der nationalen Phrase entgegenzutreten zu können. Der Erfolg war gleich Null. Als dann aber wirklich eine große nationale Frage auftauchte und Fürst Bülow im Jahre 1907 die Parole gegen das Zentrum ausgab, verlor die rote Partei eine ganze Reihe von Sitzen.

Die Erfahrung von 1907 wird wohl auch nicht ohne Einfluß gewesen sein für die Haltung des Parteivorstandes in Jena und für die Taktik, die Bebel in seiner Rede zu den bevorstehenden Wahlen anwandte. So gelang es ihm,

der Stimmung in weiten bürgerlichen Parteien Rechnung zu tragen und trotzdem den starken Applaus des Parteitages für sich zu haben. Die praktische Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Resolution, die das eigentliche Banner für den Wahlkampf darstellt, wird um so größer sein, je mehr wunde Punkte sie berührt und je breiter die Operationsbasis sein wird, die Bebel und David, der Diplomat der Partei, anlegen werden.

Mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die die Linksliberalen mit der Bülow'schen Blockpolitik gemacht haben, ist man in ihren Kreisen nur zu sehr geneigt, den sozialdemokratischen Lockungen entgegenzukommen. Seit Wochen sind bereits ernsthaftige Unterhandlungen im Gange, die eine Verständigung zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie zum Ziele haben. Das Bündnis der linken Parteien richtet sich in erster Linie gegen die Macht des Zentrums und kann infolgedessen auch bei den Kreisen Anerkennung finden, die, ohne sich zu den Liberalen zu rechnen, im Zentrum die größere Gefahr für Deutschland sehen. Immerhin ist es ein gewagtes Mittel, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Trotz des letzten Parteitages haben wir noch keine Garantie in der Hand dafür, daß die Sozialdemokratie befähigt sein wird, von der reinen Klassenkampfpolitik abzulassen, und wir würden kein Glück darin sehen, aus der Herrschaft der „Junker“ und „Industriebarone“ unter die des „Proletariats“ zu kommen. Trotz mancher berechtigten Klage und vor allen Dingen trotz des vollständigen Versagens des konservativen Großgrundbesitzes bei der letzten Reichsfinanzreform sieht Deutschland auf eine Epoche steigender wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung zurück, an der, wenn auch vielfach widerstrebend, der preußische Junker sowohl als Unternehmer wie als Beamter einen nicht zu unterschätzenden Anteil hat. Könnte heute die Sozialdemokratie die Garantie dafür geben, daß sie lediglich eine Reformpartei, nicht aber eine Umsturzpartei sei, dann könnte man angesichts der agrarisch-ultramontanen Koalition eine Annäherung zwischen den Liberalen und Sozialdemokraten unter Umständen als einen Fortschritt begrüßen. Der Senenser Parteitag hat uns indessen trotz seines ruhigen Verlaufs nicht davon überzeugen können, daß die sozialdemokratische Partei keine revolutionäre Partei ist.

Der Senenser Parteitag hat einen eigenartigen Abschluß erhalten durch die Worte, die der Vorwärts dem Attentat auf den russischen Ministerpräsidenten zu Kijew widmete. In ihnen kommt der ganze Haß zum Ausdruck, mit dem die Sozialdemokratie die herrschende Gesellschaftsordnung bekämpft. Solange dieser Haß noch so furchtbare Züge annehmen kann, sind wir genötigt, die Partei mit allen Mitteln, die politische Klugheit gewährt, zu bekämpfen und ihre zeitweiligen Umwandlungen von Loyalität mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen.

Während die obigen Zeilen schon im Satz waren, trafen die Berliner Montagsblätter mit den ersten Nachrichten aus Wien ein. Dort haben — auch eine Illustration zum Senenser Parteitage — von Sozialdemokraten

organisierte Kundgebungen wegen der Fleisch- und Wohnungsnot stattgefunden, die einen durchaus revolutionären Charakter annahmen. Die entsprechenden Verhältnisse, die als Vorwand dienen mußten, liegen in Österreich allerdings viel ungünstiger als bei uns in Deutschland. Die soziale Gesetzgebung hat bei weitem nicht die praktischen Ergebnisse zu verzeichnen wie die deutsche, und die Ausbeutung der kleinen Mieter durch die Hausbesitzer hat besonders in Wien einen Grad erreicht, der bei uns längst schon unmöglich geworden. Hierzu tritt noch die Schwäche der Staatsgewalt, die durch den häufigen Wechsel der verantwortlichen Minister in dem parlamentarisch regierten Staatswesen bedingt ist. Obwohl diesen Verhältnissen bei Beurteilung der Lage Rechnung getragen werden muß, bleibt von den Vorgängen in den Straßen Wiens noch genug übrig, was ausschließlich auf das Schuldkonto der revolutionären Sozialdemokratie zu setzen ist. Dazu gehört vor allen Dingen das Lösen eines Völkerschusses, wie schon jetzt entschuldigend bemerkt wird, „um ein Signal zu geben“. Die Organisatoren von Straßendemonstrationen kennen die Psyche der Masse viel zu genau, als daß sie nicht hätten voraussehen müssen, welche Folgen der Schuß haben mußte. In panischen Schrecken versetzt gingen die Massen stellenweise zum Angriff auf öffentliche Gebäude über.

Die Vorgänge in Kijew und in Wien können natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Wahlkämpfe in Deutschland bleiben. Sie werden auf beiden Seiten ausgenutzt werden, um die Gegensätze in der Nation noch weiter zu vertiefen. Immerhin sollten die rechtsstehenden Parteien jene beklagenswerten Erscheinungen nicht dazu ausbeuten, um nun die vielfach vorhandenen Ansätze zu sozialem Ausgleich in der Entwicklung zu hemmen. — — —

Zu meinem lebhaften Bedauern werde ich gezwungen, meine Mitteilungen über eine Mannesmannpresse in Heft 36 zu ergänzen. Meine als Warnung gedachten Ausführungen haben nur teilweise die gewünschte Wirkung gehabt, daneben aber eine Flut von Beleidigungen und sogar eine Denunziation beim Offizier-Ehrenrate durch die Presse entfesselt. Meine gewiß ruhige Erklärung in Heft 37 wird mir als „Kneiferei“ ausgelegt. Die drei angegriffenen Blätter protestieren wiederholt gegen Behauptungen, die ich nicht aufgestellt habe. Was beabsichtigen sie damit? was wünschen sie zu verschleiern? Dem Chor der Gereizten gefellt sich nun die Deutsche Zeitung zu, die sich scheinbar auch getroffen fühlt, wiewohl ich sie bisher nicht erwähnte. Sie schreibt: „Für die Offiziösen der Grenzboten gibt es kein ernsthaftes, nationales Interesse und darum geben sie sich den Anschein, es auch nicht bei anderen zu begreifen.“ Die Entscheidung darüber, ob die Grenzboten auch unter meiner Leitung ernsthafte nationale Interessen verteidigt haben, überlasse ich meinen Lesern. Daß aber die Unterstützung der Gebrüder Mannesmann in Marokko in dem Maße eine nationale Angelegenheit sei, um ihretwegen einen Völkerring zu rechtfertigen, das bestreite ich! Ich habe die sachliche Stellung der Grenzboten in der Marokkofrage bereits früher eingehend begründet und

kann in folgedessen darauf verzichten, meinen Standpunkt noch einmal darzulegen.

Dagegen möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Beeinflussung eines Teiles unserer Presse durch wirtschaftliche Interessenten, insonderheit durch Kolonialinteressenten, in einer Form auftritt, die der in Frankreich üblich gewordenen nicht unähnlich sieht. „. . . Die Gebrüder Mannesmann, so schreibt die Allgemeine Zeitung in Chemnitz, haben seinerzeit die Deutsche Presse geradezu mit Publikationen überschüttet. . . . Fast kein Tag verging eine Zeitlang, ohne daß unsere Schriftleitung kurze Notizen, lange Artikel oder gar umfangreiche Druckschriften empfang, um für die Mannesmann-Sache Stimmung zu machen. Da eine Kontrolle dieser Verhältnisse so überaus schwer war und der Allgemeinen Zeitung die Verantwortung zu groß schien, für eine — doch immerhin zunächst private — Sache einzutreten, für die so merkwürdig viel Geld durch Drucklegung und Versendung dieser Notizen und Artikel aufgewendet wurde, vermieden wir größtenteils die Aufnahme.“ Neben solcher mehr auf die kleinere Presse zugeschnittene Materiallieferung besteht in den Hauptstädten eine persönliche Beeinflussung durch mehr oder minder vertrauliche Besprechungen, bei denen „ausgezeichnete Kenner der Verhältnisse“ in erster Linie zu Worte kommen, Kenner, die sich bei näherem Zusehen zum mindesten als Freunde der Interessenten entpuppen.

Wenn ich auf diese Verhältnisse hinweise, so will ich damit durchaus nicht sagen, daß Redakteure sich bei wirtschaftlichen Interessenten nicht über Einzelheiten unterrichten sollen. Im Gegenteil, es wäre sehr zu wünschen, wenn alle Redaktionen von dem ihnen gern eingeräumten Recht, Auskunft einzuziehen, möglichst ausgiebigen Gebrauch machen wollten. Freilich müssen dann die gewordenen Mitteilungen auch mit dem Vermerk ihrer Herkunft versehen sein, wie es bei der großen Handelspresse geschieht. Wogegen aber unbedingt Einspruch erhoben werden muß, das ist die Verbreitung von Auffassungen unter dem Deckmantel einer nationalen Frage, die in erster Linie einem wirtschaftlichen Unternehmer zugute kommen sollen. Denn gerade hierdurch wird der Leser, der glaubt von einer sich national und unparteiisch nennenden Zeitung objektiv unterrichtet zu werden, irreführt.

G. C.

## Bank und Geld

Beruhigte Auffassung an der Börse — Kursaufschwung oder Rückgang? — Die allgemeine Wirtschaftslage — Der Geldmarkt und die ausländischen Guthaben — Tendenzlöse Gerüchte — Deutsche Geldflüssigkeit und französische Geldklemme

Die Börse hat sich wiedergefunden. Der panische Schrecken ist verflogen, und das Gespenst, vor dem gestern alle Welt zitterte, wird heute im hellen Tageslicht lächelnder Miene erkannt als das was es war: eine Ausgeburt überhitzter Phantasie und kopfloser Bangigkeit. So vollständig ist der Umschwung in der Betrachtungsweise und Auffassung, daß heute tatsächlich die Marokkofrage

für das wirtschaftliche Kalkül ausgeschaltet ist; man betrachtet sie, mögen auch die Verhandlungen noch eine Weile dauern, praktisch als erledigt und möchte sie am liebsten vollständig ignorieren. So nahe wohnen auch hier wieder die Gegensätze beieinander. Die eingetretene Beruhigung — im wesentlichen eine Folge der genaueren Kenntnis vom Stand der Verhandlungen, welche man der Öffentlichkeit durch Lüften des diplomatischen Schleiers leider zu spät verschafft hat — darf mit ungeteilter Freude begrüßt werden, aber es erscheint die Warnung vor allzu sorgloser Sicherheit nicht überflüssig. Es liegt die Gefahr vor, daß man den schon einmal gemachten Fehler wieder begehe und eine allzu optimistische und unbekümmerte Betrachtung der Angelegenheit dann aufs neue zu büßen hätte. So unwahrscheinlich neue Komplikationen sind, mit ihrer Möglichkeit hat der vorsichtige Kaufmann zu rechnen, so lange nicht das Abkommen fix und fertig unterschrieben vorliegt.

Mit Überwindung des Kriegsschreckens sind natürlich auch die Kurse wieder gestiegen, ja zunächst sogar in so stürmischem Anlauf, daß die Einbuße des schwarzen Sonnabends vielfach ganz wieder eingeholt wurde. Das war freilich eine Übertreibung, die, wie häufig nach starken Kursrückgängen, in börsentechischen Umständen begründet war. Die weitere Kursentwicklung der Woche zeigt, und eine ruhige Überlegung bestätigt es, daß so schnell und spurlos die Wirkungen einer derartig tiefgehenden Erschütterung sich nicht überwinden lassen. Der Stoß war zu kräftig, die erlittenen Verluste waren zu bedeutend, als daß die Börse nun, gleich als ob nichts geschehen wäre, den Faden da wieder anknüpfen könnte, wo er vor einigen Wochen abgerissen ist. Das wäre im Interesse der Gefundung des Marktes nicht einmal zu wünschen. Vergleicht man nämlich die gegenwärtigen Kurse mit denen des Jahresanfangs, so zeigt sich, daß trotz der bedeutenden Rückgänge der letzten Wochen das Kursniveau gerade der spekulativen Werte noch ein beträchtlich höheres ist. Das gilt vor allem von den Montanwerten, in ganz hervorragendem Maße aber von den schweren Industriepapieren des Kassamarktes. Es hat also die in bloß spekulativer Beurteilung wurzelnde Wertsteigerung bisher noch keine ausreichende Korrektur erfahren. Die Verhältnisse werden aber dahin drängen, eine weitere Ermäßigung der allzu hoch getriebenen Kurse eintreten zu lassen. Schon aus börsentechischen Gründen würde die Kraft fehlen, eine neue Hausselkampagne einzuleiten und durchzuführen. Die ganze wirtschaftliche Situation steht aber auch einem solchen Beginnen hemmend im Wege. Der hoffnungsfreudige Optimismus, mit dem die Entwicklung der Konjunktur bei Beginn des Jahres betrachtet werden durfte, erscheint heute wenig angebracht. Die Zukunft des Geldmarktes scheint vielen ungewiß, die Landwirtschaft leidet Not, die Lebensmittelsteuerung vermindert die Konsumkraft und stellt Lohnkämpfe in Aussicht, die Industrie fühlt sich unsicher in der Beurteilung der künftigen Marktlage — alles Gründe genug, eine vorsichtige Zurückhaltung und ein kritisches Abwarten zu empfehlen. Wer einen deutlichen Beweis zu haben wünscht, werfe einen Blick auf die jüngst veröffent-

lichten Abschlüsse des Phönix, der Rombacher Hüttenwerke und der Rheinischen Stahlwerke. Alle drei liefern ein glänzendes Bild von der Prosperität des letzten Jahres, zugleich aber auch einen Beweis für die Skepsis, mit der die Verwaltungen die Entwicklung der nächsten Zukunft beurteilen, denn sie sorgen durch außergewöhnliche Rückstellungen einem Abflauen der Konjunktur zu begegnen. Diese augenblickliche Wirtschaftslage macht es unwahrscheinlich, daß die nächste Zeit uns feste Börsen und steigende Kurse bringen wird. Auch der definitive günstige Abschluß der Marokkoverhandlungen wird kaum oder doch nur vorübergehend stimulierend wirken. Viel eher ist zu vermuten, daß mit dem Eintritt dieses Ereignisses, das keinerlei Überraschungen mehr bringen kann, gerade ein Rückgang der Kurse einsetzt. Das entspräche einer oft an der Börse zu beobachtenden Erscheinung. Ein großer Teil des Publikums und der Spekulation erwartet von der endgültigen Lösung des Konfliktes einen neuen Aufschwung, indem er übersieht, daß die Wirkung dieses Ereignisses heute schon als eskomptiert gelten muß. Es kann daher kaum ausbleiben, daß, wenn die erhoffte Kurssteigerung nicht eintritt, sich eine gewisse Enttäuschung geltend machen wird, die in einem mehr oder weniger scharfen Rückgang der Kurse zum Ausdruck kommen dürfte. Unterstützt wird diese Mutmaßung durch eine vergleichende Betrachtung der Kursbewegung an den Auslandsbörsen. Obwohl nämlich weder in London noch Paris die politische Beunruhigung eine gleich verhängnisvolle Rolle gespielt hat wie in Berlin, herrscht an diesen Plätzen eine ausgesprochen flauere Tendenz, die im wesentlichen auf allgemeinwirtschaftlichen Ursachen beruht und eine Reaktion gegen die vorangegangene Über Spekulation darstellt. Die Berliner Börse, welche dem gegenüber in den letzten Tagen eine gewisse Widerstandskraft zeigte, wird sich auf die Dauer von den nachteiligen Einflüssen schwacher Auslandsmärkte kaum freihalten können.

Die wichtigste Frage freilich bleibt nach dem Ausschalten der Politik die nach der Gestaltung der Geldverhältnisse. Wir können aber mit Befriedigung und großer Genugtuung konstatieren, daß gerade unsere finanzielle Rüstung in dieser schweren Zeit eine glänzende Belastungsprobe bestanden hat. Deutschland schneidet bei einem Vergleich mit Paris und London nicht schlecht ab. Trotz Börsenderoute und politischem Mißtrauen hat der Geldmarkt seine Flüssigkeit bewahrt; kaum die geringste Einwirkung auf die Zinssätze war zu spüren. Der Privatdiskont hat sich im Laufe der Woche sogar wieder um ein Viertel Prozent ermäßigt und so es der Reichsbank ermöglicht, die Maßregel einer Diskonterhöhung hinauszuschieben. Ein Bankdiskont von 4 Prozent, ein Privatdiskont von  $3\frac{3}{4}$  Sätze für tägliches Geld von  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Prozent in politisch unruhiger Zeit beweisen zur Genüge, daß unser Markt eine respectable finanzielle Widerstandskraft besitzt. Diese ist aber um so höher zu schätzen, als der Geldmarkt diese Flüssigkeit berechnen konnte, obwohl er den größten Teil der beträchtlichen Auslandsguthaben zur Rückzahlung gebracht hat. Diese fremden — namentlich französischen und belgischen — Gelder, die sich auf recht hohe Beträge (man

schätzte 300 bis 400 Millionen Mark) beliefen, bildeten einen Posten von zweifelhaftem Wert in der Bilanz unseres Geldmarktes. Denn es lag die Gefahr nahe, daß diese kurzfristigen Gelder eine künstliche Flüssigkeit vortäuschen und zu übermäßigen Investitionen verleiten könnten, die dann im Moment eines unerwarteten Zurückziehens jener Guthaben eine Bedrängnis auf dem Geldmarkt, scharfes Anziehen der Zinssätze und eine Kreditnot hätten hervorrufen müssen. Ähnlich hat man sich wohl auch die finanzielle Situation Deutschlands im Auslande vorgestellt, und aus dieser Auffassung heraus erklärt sich der frivole Versuch, durch falsche Gerüchte über die plötzliche Kündigung französischer und russischer Guthaben in enormen Beträgen Bestürzung und Verwirrung zu erwecken. Diese dunkeln Mächenschaften haben freilich ihr Ziel verfehlt. Die Lügen und Übertreibungen waren zu handgreiflich, als daß sie selbst überängstliche Gemüter hätten schrecken können. Denn alsbald stellte sich heraus, daß die Dinge anders und juist umgekehrt lagen, als es unsere guten Freunde im Ausland wünschen mochten. Deutschland zahlte seine französischen Guthaben zurück, ohne daß irgendeine fühlbare Anspannung auf dem Geldmarkt entstand; dagegen zeigte sich plötzlich, daß in Paris, der Metropole der Geldflüssigkeit, eine Geldklemme im Anzug war, die den schleunigen Einzug aller im Ausland untergebrachten Gelder notwendig machte. So wurden die französischen Guthaben nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel, Wien, London gekündigt. Die Folge war ein starkes Steigen des Scheffelfurses auf Paris, dem auch die Reichsbank durch starke Abgaben aus ihrem Portefeuille nur unvollkommen wehren konnte. Denn auffallenderweise wurden die ausländischen Rückzahlungen auf dem Wege der Anschaffung in Berlin geleistet — ein sicheres Zeichen dafür, daß jetzt Deutschland über Guthaben in Paris verfügen kann. Das erscheint rätselhaft; es erklärt sich aber wohl daraus, daß durch die starken Effektenverkäufe der jüngsten Zeit große Guthaben im Auslande, namentlich in London und New York, entstanden sind, die nunmehr auf dem Weg über Paris reguliert werden. So hat die Börsenroute wenigstens den Vorteil gehabt, die Liquidierung unserer Zahlungsverpflichtungen an das Ausland zu beschleunigen und zu erleichtern. Hier wird drastisch vor Augen geführt, welchen außerordentlichen Wert ein starker Bestand von ausländischen Effekten für die heimische Volkswirtschaft besitzt. Freilich hat der durch die Börsenverhältnisse erzwungene Verkauf dieser Werte große Opfer erfordert; vom Standpunkt der Gesamtheit aus sind diese aber weit geringfügiger als der Schaden, der entstanden wäre, wenn eine solche Aufrechnung nicht möglich gewesen wäre. Die vielfach verschlungenen Fäden der internationalen Kapitalbeziehungen aufzuknüpfen, ist außerordentlich lehrreich. Wer hätte glauben sollen, daß in Paris, diesem schier unerschöpflichen Geldreservoir der ganzen Welt, Mediozinssätze von 6 und 7 Prozent bezahlt werden müßten, während bei uns Geld auf die gleiche Zeitdauer von Mitte bis Ende September nur mit 2 bis 3 Prozent bewertet wird? In der That, wir können damit zufrieden sein, daß solchergestalt das immer wieder auftauchende Gerede von der finanziellen

Schwäche Deutschlands einmal drastisch ad absurdum geführt worden ist! Auch der Herbsttermin wird uns keine irgendwie bedenkliche Verschlechterung des Geldmarktes bringen. Die Reichsbank wird natürlich aus den schon früher erörterten Gründen ihren Zinsfuß auf 5 Prozent erhöhen, und das Ende des Monats wird eine gewaltige Inanspruchnahme der Bank zutage treten lassen. Diese wird sich aber ebenso rasch ausgleichen als an dem vorangegangenen Termin; denn dafür, daß sich die Geldanspannung nicht zu einer dauernden gestaltet, sorgt schon der langsamere Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens.

Spectator

### Bücherliste

**Budde, Gerhard**, Professor am Gymnasium in Hannover: Die Pädagogik der preussischen höheren Knabenschulen unter dem Einfluß der pädagogischen Zeitströmungen vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart. 2 Bde. Langensalza 1910. (Je M. 7.50.)

In einer Zeit, wo wieder viel von Schulreform das Gerede geht, erhalten wir hier einen „Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der offiziellen preussischen Pädagogik der höheren Knabenschule“. Doch beschränkt sich das Werk durchaus nicht auf objektive Darstellung, vielmehr wird namentlich der zweite Band in ganz beträchtlichem Umfange in den Dienst des Kampfes wider

Extremalorien und das Griechische am humanistischen Gymnasium und für das „Einheits-Gymnasium“ gestellt. Darin müht sich der Verfasser ja schon seit reichlich einem halben Duzend Jahren in starker Produktion. Immerhin wird auch, wer an dieser Polemik nicht sonderlich interessiert ist, in den beiden nicht eben starken Bänden leicht Orientierung finden über Anschauungen und Bestrebungen der im höheren Schulwesen des verflossenen Jahrhunderts leitenden Persönlichkeiten und über die wirksamsten Einflüsse, die aus philologischen und anderen Strömungen der Zeit für die mehrfachen Reformen maßgebend wurden. Die mitgeteilten amtlichen Lehrpläne u. a. bieten dabei reichliches Material zu selbständig vergleichendem Urteil.

**Weigand, Wilhelm**: Stendhal und Balzac. Leipzig, Insel-Verlag. M. 4.50.

## Zur Reform der deutschen Universitäten.

Von

Dr. Ing. und Dr. phil. h. c. Dr. jur.

**Heinrich Waentig,**

Wirklicher Geheimer Rat und Ministerialdirektor a. D.

**Preis M. 1.80.**

Hier schöpft ein warmer und erprobter Freund unserer Universitäten aus dem Vollen einer langjährigen Erfahrung und Beobachtung und findet dabei nicht nur die richtigen Formeln zum materiellen Ausgleich offensichtlicher Unbilligkeiten, sondern seine ruhigen und von ungetrübter Sachlichkeit getragenen Darlegungen stimmen auffallend überein mit den vorbehandelten Haupterhebungen der Extraordinarien einerseits, andererseits aber auch mit den Forderungen und Reformvorschlügen, die führende und unbefangene Geister aus dem Kreise der Hochschullehrer selbst als vordringlich bezeichnen.

„Hochschul-Nachrichten.“

Verlag der Grenzboten G. m. b. S., Berlin SW. 11.